

**Anders sieht das FPÖ-Chef und Klubobmann Erwin Angerer.
Das neue Gesetz würde Bewerber mit Slowenisch-
Kenntnissen bei Richterstellen bevorzugen.**

Diskussion um zweisprachige Gerichtsbarkeit

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, 10. 7. 2026)

Die FPÖ hat im Landtag die zweisprachige Gerichtsbarkeit erneut zum Thema gemacht. Sie kritisiert die Ausweitung von elf auf 27 Gemeinden, wie es das neue Volksgruppengesetz vorsieht und sieht darin eine Benachteiligung für deutschsprachige Kärntner.

Fellner: Absicherung der Infrastruktur

In einer Dringlichkeitsanfrage stand Landeshauptmann Daniel Fellner (SPÖ) zu der Causa Rede und Antwort. Er antwortete mit einem ausformulierten Schriftsatz und sprach wiederholt von Bundeskompetenz. Eine Schwächung des ländlichen Raumes sehe er nicht, vielmehr eine Absicherung der Infrastruktur und eine Aufwertung der Gerichtsstandorte Klagenfurt/ Celovec und Völkermarkt/ Velikovec. Die deutsche Bevölkerung werde weder benachteiligt noch slowenisch sprachige Bewerber für Richterposten bevorzugt, erklärte der Landeshauptmann.

FPÖ: Benachteiligung deutscher Bevölkerung

Anders sieht das FPÖ-Chef und Klubobmann Erwin Angerer. Das neue Gesetz würde Bewerber mit Slowenisch-Kenntnissen bei Richterstellen bevorzugen.

Smrtnik: Von Mehrsprachigkeit profitieren

Franz Josef Smrtnik vom Team Kärnten und selbst Kärntner Slowene sagte, die Freiheitlichen müssten nicht Angst haben vor einer Ausweitung der Zweisprachigkeit, sondern vielmehr vor einem Verlust dieser. Die slowenische Sprache verschwinde zusehends. Dabei könne von Mehrsprachigkeit jeder profitieren, so Smrtnik.